

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

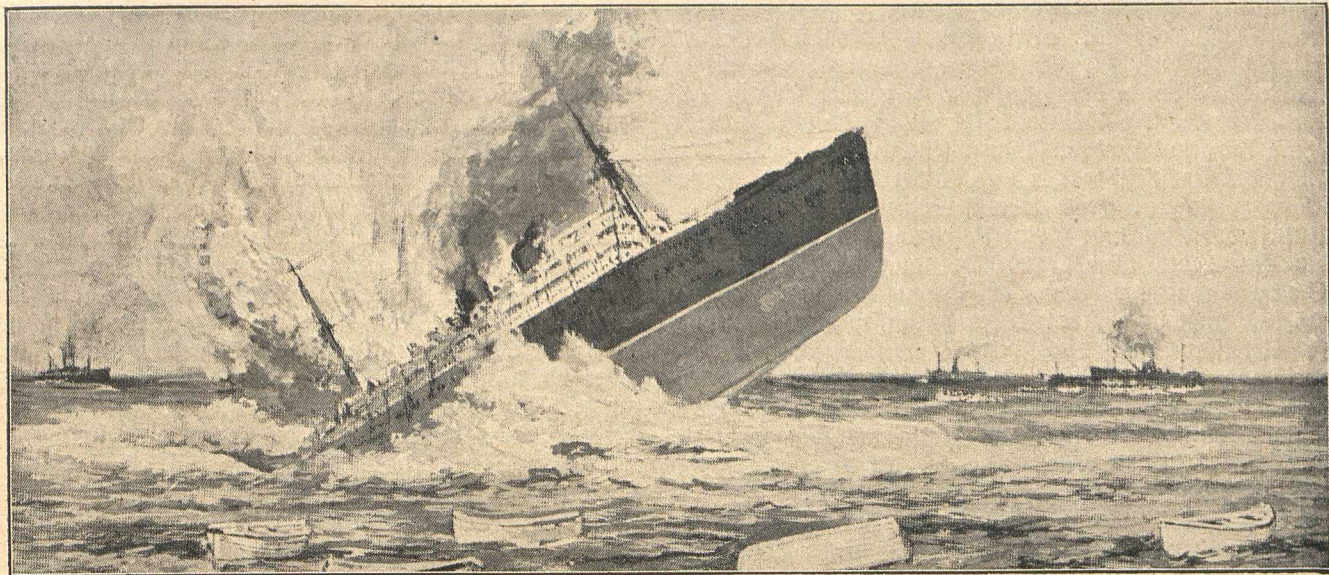
Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100



Die Versenkung der „Arabic“.

fertigen konnten. Nach wie vor blieb es aber bei der amerikanischen Art der Neutralität — und beim Geschäft.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Washington, Dr. Dumba, unternahm den Versuch, wenigstens seine eigenen Landsleute von der Arbeit in den Waffenfabriken abzuhalten, indem er sie wissen ließ, daß sie bei einer Rückkehr in ihr Vaterland wegen Hochverrats verfolgt werden könnten. Er bekümmerte sich auch um die Lage dieser furchtbar ausgebeuteten Menschen, die nach amerikanischen Methoden bis zum äußersten ausgenützt wurden und ermutigte einen geplanten Ausstand. Dadurch sollte er sich einer Störung der „gesetzmäßigen“ Geldmacherei Amerikas schuldig gemacht haben und die Vereinigten Staaten erbaten seine Abberufung. Sie wurde ihnen zugestanden (September).

Am 7. November wurde der italienische Postdampfer „Ancona“ von einem k. u. k. Unterseeboot im Mittelmeer versenkt. 208 Menschen, darunter einige Amerikaner kamen um. Ein Meinungsaustrausch zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich-Ungarn führte zu einer Note des Ministers Baron Burian (29. Dezember), in der zugegeben wurde, daß der Kommandant des Unterseebootes über seine Weisungen hinaus gegangen sei; dafür sei er bestraft worden. Die k. u. k. Regierung werde amerikanischen Bürgern Schadenersatz leisten. Damit war die Angelegenheit in versöhnlichem Geist erledigt.

Zu Anfang des neuen Jahres (1916) machten die beginnenden, aber eben auch nur beginnenden Gewaltakte der Entente gegen Griechenland und die Anrufungen des amerikanischen Volkes durch König Konstantin Eindruck in Amerika und

alle, die dort von Anfang an gegen die Ungerechtigkeit der amerikanischen Neutralität aufgetreten waren, erneuerten ihre Bemühungen. Im Senat wurde gegen die Munitionsausfuhr und gegen die Reisen von Amerikanern auf Schiffen kriegsführender Nationen gesprochen. Am 29. Jänner wurde eine Petition eines Frauenvereins um ein Verbot der Munitionsausfuhr eingebracht, die von mehr als einer Million Menschen ausging. Der Senator La Follette sagte von ihr, sie sei der Schrei der Menschlichkeit im Lande, die keinen Ausdruck in der Kapitalistenpresse finden könne. Möge auch der Waffenhandel völkerrechtlich bis hin erlaubt gewesen sein, so müsse man bedenken, daß der Krieg auch die Grundlagen des Völker-

rechts erschüttert habe. Der Senator Lane sprach die Befürchtung aus, man werde früher oder später für den Waffenhandel Rechenschaft geben müssen. Andererseits wieder erklärte sich Wilson für eine militärische Bereitschaft, denn er könne nicht sagen, wie die internationalen Beziehungen des Landes am nächsten Tag sein würden. Und wirklich, der Gegensatz in den Seerechtsfragen bald zu England bald zu Deutschland schien unüberbrückbar; nur daß die Absagen Englands gegen amerikanische Proteste bloß schleppe verfolgt wurden, während jede deutsche Note fast sogleich eine immer schärfere Antwort fand. Versuche Lansings, den Unterseebootkrieg durch Vereinbarungen zwischen den Kriegsführenden zu mildern und namentlich die Bewaffnung der Handelsschiffe zu regeln, blieben ohne Ergebnis. Dem gegenüber sandten Deutschland und Österreich-Ungarn am 10. Februar Denkschriften an die Vereinigten Staaten, in denen sie



Dr. Dumba, österreichisch-ungarischer Botschafter in Washington.